

Sächsische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N 127.

Halle, Mittwoch den 5. Juni
Hierzu eine Beilage.

1850.

Deutschland.

Berlin, d. 3. Juni. Aus den verschiedenen Provinzen unserer Monarchie erhalten wir ziemlich gleichlautende Nachrichten über die angeordnete und theils schon vollzogene Mobilmachung von Truppcorps, namentlich der Artillerie; ein sicheres Zeichen, daß unsere Regierung auf alle Eventualitäten gerüstet sein will.

(D. R.)

In Betreff der Ausgaben, welche Preußen für das Erfurter Parlament aufgewendet hat, können wir folgende Mittheilung machen, deren Zuverlässigkeit, gegenüber einer kürzlich von anderer Seite gegebenen Notiz, verbürgt werden darf. Preußen hat, außer den Baukosten, überhaupt für das Parlament in Erfurt verausgabt 50,462 Thlr. Davon fallen ihm allein zur Last die Diäten und Reisekosten der Preussischen Abgeordneten — die der übrigen Staaten wurden von diesen entschädigt — welche betragen: für das Staatenhaus 7155 Thlr., für das Volkshaus 31,627 Thlr., in Summa 38,782 Thlr. Außerdem hat Preußen an gemeinschaftlichen Kosten für Rechnung der Union verlegt: a) für Beamte und Diener 3153 Thlr., b) für Stenographen 3661 Thlr., c) im Allgemeinen (Bedürfnißfonds, wie Druck ic. ic.) 4866 Thlr., in Summa 11,680 Thlr. Im Staatshaushalts-Etat für 1850 sind für einmalige Ausgaben für das Erfurter Parlament 100,000 Thlr. in Rechnung gestellt und von den Kammern genehmigt worden. Aus obigem Nachweise geht hervor, daß auf Preußens Antheil noch nicht die Hälfte dieser Summe fällt.

(M. 3.)

Das auswärtige Ministerium hat in jüngster Zeit eine außerordentliche Thätigkeit in Betreff der Preuß. Consulate im Oriente zu entwickeln begonnen. Es liegt hierbei die Absicht zum Grunde, den Preuß. Handel, mit welchem Schweizer, Desterri. und Engl. Waaren noch immer siegreich concurriren, endlich auch in der Levante mehr zur Anerkennung zu bringen. Es würde dies, wie Sachkenner behaupten, bei einiger Anstrengung ein Leichtes sein und den Preuß. Fabriken großen Gewinn gewähren.

Der Anhalt-Dessausche Staats-Minister von Plöz ist von Dessau hier angekommen, und der Königl. Wirkliche Geheime Ober-Regierungs-Rath Mathis nach Frankfurt a. M. von hier abgereist.

Siebente Sitzung der landwirthschaftlichen Versammlung am 31. Mai:

Der Unterstaatssekretär Hr. Bode führt den Vorsitz.

Man geht in die spezielle Diskussion des heute Mittag abgebrochenen Gegenstandes wegen Begutachtung der Abänderungsvorschläge bei Revision des Solltarifs ein.

Ohne Diskussion werden angenommen von den Kommissionsvorschlägen zu I. Nahrungsstoffe der erste, zweite, dritte, vierte, fünfte und sechste, also die Ermäßigung des Eingangszolles von Getreide auf der Gränze von Lauroggen nach Neu-Berun, von Neu-Berun bis zur sächsischen Gränze, desgleichen auf den übrigen Gränzen; die vorgeschlagene Ermäßigung des Eingangszolles von Butter; desgleichen für geschälten Reis abzulehnen, den Eingangszoll für ungeschälten Reis auf einen Thaler pro Centner zu ermäßigen.

Beim Vieh wird der Vorschlag der Kommission angefochten, weil er gerade gegen den Vortheil der Landwirthschaft, besonders beim Mastvieh, ebenso gegen das Wohl der arbeitenden, ärmeren Klassen verstößt; und das ohnedies schon theure Fleisch noch mehr vertheuern würde, was von anderer Seite lebhaft bestritten wird.

Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag getheilt und für Ochsen, Zuchstiere, Kühe sofort, bei Jungvieh und Kälbern mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen, also die Ermäßigung der Eingangszölle abgelehnt.

Ebenso wird bei Schweinen gegen den Kommissionsantrag gesprochen, weil eine Menge kleiner Leute von der Schweinezucht lebten, was gerade der anderen Seite, namentlich aus dem Großherzogthum Posen, Veranlassung giebt, den Kommissionsantrag zu befürworten. Bei der Abstimmung wird derselbe auch angenommen, also die Ermäßigung des Eingangszolles abgelehnt.

Bei II., den Fabrikmaterialien, wird der 9. Antrag, den Wegfall des Eingangszolles von Krapp, ebenso der 10., den Wegfall desselben von Flach, Berg, Hans abzulehnen, angenommen. Ebenso der 11., den vorgeschlagenen Ausgangszoll von 10 Sgr. pro Centner Berg und Heede auf der Gränze von Herstelle bis Anholt anzunehmen.

Desgleichen wird der 12., den Wegfall des Eingangszolles von Brennholz; (in dem Kommissionsberichte steht irrthümlich Bauholz) beim Wassertransport abzulehnen; der 13., den Wegfall des Eingangszolles von Kalk und Gips anzunehmen; der 14., die Ermäßigung des Eingangszolles von Talg; der 15., den Wegfall desselben von Kleie abzulehnen und der 16., den Wegfall desselben von Ziegenhaaren anzunehmen, die Einführung eines Ausgangszolles aber abzulehnen, angenommen.

Bei III., den Fabrikaten, wird der 17. Antrag, die vorgeschlagene Erhöhung des Eingangszolles von 2 auf 4 Rthlr. pro Centner rohes, ungebleichtes Leinengarn und der 18., die Erhöhung des Eingangszolles auf Kammgarn von 15 Sgr. auf 4 Rthlr. pro Ctr. anzunehmen, angenommen.

Bei dem 19. Antrage in Betreff der Rückzölle wird nach längerer Diskussion, in welcher hervorgehoben wird, daß man annimmt, wo Rück-

zölle sind, auch immer künstliche Industrie ist, daß sie nicht für ewige Zeiten gewährt werden sollen und sie jeder naturwüchsigem Industrie zu gute kommen sollen und müssen, der Kommissionsantrag: die Gewährung von neuen Rückzöllen abzulehnen, für Leinengarn mit 21 gegen 19, für Kammgarn ebenfalls mit 21 gegen 19 verworfen.

Bei IV., den Knochen, wird gegen den Kommissionsantrag: die Aufhebung des Ausgangszolles auf der Seezölle abzulehnen, gesprochen, weil man in den östlichen Provinzen für die Knochen ein Surrogat zum Dünger im Mergel habe und eher Ausfuhrprämien vorzuschlagen wären, was für die gesammte Landwirtschaft bestritten wird, da selbst neben Mergel mit dem besten Erfolge überaus häufig Knochenmehl gebraucht werde. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Dem 21. Antrage, die vorgeschlagene Ermäßigung der Durchfuhrabgaben anzunehmen, wird beigetreten.

Ebenso dem 22., den Ausgangszoll auf Wolle von 2 Thaler pro Centner aufzuheben.

Bei dem 23. Antrage: Die Regierung zu erinnern, daß der Eingangszoll auf Roheisen von 10 Sgr. pro Centner die Landwirtschaft schwer belaste und seine Aufhebung im Auge zu behalten sei, bis sich herausgestellt, ob die inländische Eisenproduktion Aussicht hat, mit der ausländischen ohne Schutzzoll zu konkurriren, welchem beigetreten wird, wird noch der Zusatz angenommen: Daß der Eingangszoll von Roheisen in den Häfen nördlich von Danzig bis Memel schon jetzt ganz aufzuheben sei; der Antrag hingegen, dies auf alle Ostseehäfen auszudehnen, abgelehnt.

Außer den Kommissionsanträgen bringt man schließlich auch den ein: Die Versammlung möge sich gegen die Erhöhung des Zolles auf Zwiste und seidene Waaren aussprechen, welcher in seinen beiden Theilen angenommen wird.

Hiermit wird nach 9 Uhr, unter Anberaumung der nächsten auf morgen Vormittags 9 Uhr, die Sitzung geschlossen.

Achte Sitzung am 1. Juni.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird nach gescheneher Verlesung angenommen. Der Berichterstatter der Kommission, betreffend das Meliorations-, Bank- und Kreditwesen. Herr Präsident Petze erstattet den zweiten Theil des Berichts über Kreditinstitute und Banken dahin: Auf die Benutzung der landwirtschaftlichen Kreditinstitute als Meliorationsfonds, ist die Kommission aus dem Grunde nicht näher eingegangen, weil dazu eine genauere Prüfung der einzelnen Verfassungen der verschiedenen Pfandbriefverbände, jedenfalls auch eine Erweiterung und theilweise Umänderung ihrer Einrichtungen, und dazu wiederum die Zustimmung der Verbände, als selbstständiger Korporationen, erforderlich wäre.

Erfurt, d. 1. Juni. Bei der eingetretenen Armirung der hiesigen Festung wird es so streng genommen, daß im Festungs-Rayon keine Schutz- und Düngerhaufen über 1 Fuß hoch geduldet werden. Zwischen Erfurt und Torgau ist in verschiedenen Dörfern für die nächste Zeit starke Einquartirung angefangen. Es scheint dies die Nachricht von Berlin zu bestätigen, daß in diesem Landestheile ein Preussisches Corps von 50 bis 60,000 M. sofort aufgestellt werden soll. (N. Erf. Z.)

Frankfurt a. M., d. 28. Mai. So eben läuft in diplomatischen Kreisen die Abschrift einer Erklärung der mecklenburg-strelitzer Regierung ein, die wegen ihrer Lächerlichkeit gebührendes Aufsehen zu machen nicht verfehlt. Es ist der Absagebrief dieses kleinen Ländchens von der Union, worin es heißt: „Mecklenburg könne kein Heil für Deutschland in der Union sehen, da sie Preußen die ihm gebührende Stellung im Bunde anweise.“ Man weiß zwar recht gut, wer die strelitzer Regierung instruiert hat, aber man wundert sich über die Ueberhebung eines Duodezländchens, dessen ganze Armee nicht so stark ist als ein preussisches Bataillon auf dem Kriegsfuße. (Wes. Z.)

Frankfurt a. M., d. 1. Juni. Mit Hinsicht auf die Zeitungsangabe, es sei in aller Kürze ein Gesandter Rußlands in Frankfurt zu erwarten, um diese Nacht bei der Bundescentralbehörde zu vertreten, bemerke ich, daß sich schon seit einigen Wochen der Kaiserl. Staatsrath Klinka, dem ein Fürst Gagarin für die Expedition der Geschäfte zugeordnet ist, auf Mission in unserer Stadt befindet. Derselbe ist jedoch mit keinem offiziellen diplomatischen Charakter bekleidet und bei jener Behörde beglaubigt. Seine Sendung ist daher, wie die der übrigen hier residirenden fremden Diplomaten, lediglich als eine offiziöse zu betrachten. (D. N.)

Freiburg, d. 31. Mai. Heute endlich wurde das Denkmal des unvergesslichen Karl v. Rotteck enthüllt, und zwar ganz in der Stille, ohne Sang und Klang. Das Denkmal selbst steht auf dem Dominikanerplatz und besteht aus einem metallenen, zwischen 3—4 Fuß hohen, auf einer ziemlich großen, schön gearbeiteten Säule ruhenden Brustbilde. Die Stirn ist mit einem Kranze geschmückt. (Schw. M.)

Mainz, d. 1. Juni. Das heute bei dem Assisenhof fortgesetzte Zeugenverhör im dem rheinhess. Freischaarenproceß hatte den 25. Anklagepunkt zum Gegenstand. Dieser geht dahin, daß am 13. Juni 1849 auf dem Hofgute Scharau bei Norheim ein Trupp bewaffneter Freischärler, unter Anführung des sogenannten Hauptmanns Klar von Worms erschien, welcher letztere einen schriftlichen Befehl von Blenker und von einem s. g. Civilcommissär Hillgärtner von Frankenthal vorzeigte, und erklärte, daß er diesem Befehl gemäß gekommen sei, die vorräthigen Früchte abzuholen, weil das den Gutsbesitzern auferlegte Zwangsanlehen nicht berichtigt worden. Der erlittene Schaden wird auf 1430 fl. angegeben und würde, nach der im Anklageact ausgesprochenen Vermuthung des Anklägers noch weit größer ausgefallen sein, wenn nicht die Freischärler durch das Gerücht, die Preußen seien im Anzuge, erschreckt und zum eiligen Abzug getrieben worden wären. Hierin erkennt die Anklage das Verbrechen der Erpressung mittelst Gewalt und schwerer mit Aussicht auf unverzügliche Verwirklichung verbundenen Drohung. In der Nachmittagsitzung werden eine Reihe auf die Wormser Vorfälle, namentlich das Verhalten der Freischaaren daselbst, bezügliche Zeugen abgehört und eine Anzahl zur Proceßur erhobener Administrativacten, namentlich Protocolle des Gemeinderaths und der Regierungskommission, welche auf den Gegenstand Bezug haben, verlesen, und geben einzelne dieser Urkunden, welche nach der Behauptung der Vertheidigung unvollständig und mit Auslassung wichtiger Stellen zu den Acten erhoben wurden, zu kurzer Discussion zwischen Anklage und Vertheidigung Anlaß. Nach Erledigung dieser Anklagepunkte wurde die Sitzung um 4 Uhr geschlossen. Künftigen Montag wird die Abhörung der Zeugen fortgesetzt und voraussichtlich im Laufe der Woche die Debatten zwischen Anklage und Vertheidigung beginnen.

Kassel, d. 31. Mai. In der heutigen Sitzung der Stände-Versammlung erinnerte Herr Detker an die Auskunft auf seine bezüglich der deutschen Frage gestellte Interpellation. Der Landtags-Kommissar erwiderte: er sei im Begriff, solche zu ertheilen. Er habe nämlich folgende Mittheilungen zu machen: 1) habe er im Auftrage des Finanz-Ministeriums den Gesetz-Entwurf über Ablösung der bestehenden Grundlasten wieder zu überweisen, um zu einer Veränderung in §. 2 die Genehmigung zu ertheilen. 2) Auf die Anfrage des Herrn Detker sei er von Kurfürstlichem Ministerium des Außern beauftragt, mitzutheilen: a) die Abschrift eines Schreibens des auswärtigen Ministeriums an die diesseitige Gesandtschaft in Berlin, worin der Standpunkt des Ministeriums über die deutsche Frage ausführlich entwickelt sei. b) Das Protokoll über die berliner Conferenzen. Außerdem habe er zu eröffnen, daß auch das Protokoll des Verwaltungsrathes zu Dienste stehe, daß jedoch die Regierung nur ein Exemplar besitze und dasselbe auf längere Zeit nicht entbehren könne, dasselbe auf Verlangen dem Ausschuss jedoch auf einige Tage mitzutheilen bereit sei. Hr. Bayrhoffer wünschte zu wissen, ob in den Mittheilungen auch die in Erfurt gefaßten Revisions-Beschlüsse enthalten seien. Der Landtags-Kommissar: In den Mittheilungen nicht, wohl aber im Protokoll des Verwaltungsrathes. Herr Detker hielt die Vorlage, so weit er sie im Augenblick übersehen könne, für sehr mangelhaft, es sei namentlich über die angebliche Lage des

deutschen Verfassungswerkes keine Auskunft gegeben. Der Landtags-Kommissar: Wenn über die angebliche Lage Auskunft verlangt werde, so müsse näher ausgedrückt werden, welches deutsche Verfassungswerk gemeint sei, das erfurter oder welches sonst. Herr Detker: Dasjenige, welches die Regierung im Auge habe. Die erste Mittheilung wurde dem Rechts-, die zweite dem Verfassungs-Ausschusse überwiesen und sodann die Sitzung geschlossen.

Dresden, d. 2. Juni. Es wird an der Zeit sein, eine reinobjective Darstellung der die gestern erfolgte Auflösung der Kammern herbeiführenden Vorgänge in ihrem innern Zusammenhange zu geben. Eines Urtheils über diesen bedeutungsvollen Schritt des Ministeriums glaube ich mich um so eher bis dahin enthalten zu können, wo die darauf bezügliche offizielle Kundmachung und Rechtfertigung erschienen sein wird. Die deutsche Verfassungsfrage, welche sich wie ein rother Faden durch fast alle Verhandlungen des letzten aufgelösten Landtags gezogen hat, und die Partei des Berliner Maibündnisses haben diesmal die Auflösung herbeigeführt. Die dabei collidirende Finanzfrage stand nur in zweiter Stelle. In der 64. Sitzung der II. Kammer vom 24. April hatte der Abg. Biedermann bekanntlich den Antrag gestellt, den für die deutsche Verfassungsfrage niedergelegten außerordentlichen Ausschuss zu beauftragen: „1) ungesäumte Erörterung anzustellen, ob nicht der Zeitpunkt eingetreten sei, wo die Kammer ihr verfassungsmäßiges Recht der Zustimmung zur Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit geltend zu machen habe; 2) bejahenden Falls der Kammer darüber, wie Dies zu bewerkstelligen, Vorschläge zu machen.“ Durch die mittelst der österreichischen Circularnote vom 26. April auf Grund der Bundesacte und der Wiener Schlussacte zusammengerufene „Plenarversammlung“ erhielten die Erörterungen des Ausschusses eine unerwartete bedeutungsvollere Wendung. Der Ausschuss fand sich nämlich dadurch bewogen, an die Staatsregierung folgende Fragen mit dem Gesuch um Auskunftsertheilung zu richten:

1) Anerkennt die sächsische Regierung eine Verpflichtung für sich, der von der österreichischen Regierung auf Grund der §§. 5 und 6 der Bundesacte und §. 4 der Wiener Schlussacte erlassenen Einladung zu einer „Plenarversammlung“, welche die Einsetzung eines neuen provisorischen Bundesorgans und die Revision der Bundesverfassung nach den Bestimmungen des §. 4 der Wiener Schlussacte vorzunehmen habe, Folge zu leisten? 2) Wie glaubt die Regierung mit der Anerkennung einer solchen angeblichen Verpflichtung aus der alten Bundesverfassung die ihr nach unserer Verfassung unzweifelhaft obliegende Verpflichtung in Einklang setzen zu können, zu jeder Vereinbarung über eine allgemeine deutsche Verfassung, resp. Einsetzung einer allgemeinen Centralbehörde, deren Wirksamkeit in die §§. 2, 86 und 96 unserer Verfassungsurkunde vorgezeichneten Rechte der Volksvertretung eingreifen würde, die Zustimmung der Volksvertretung einzuholen? 3) Hat sie bereits einen Bevollmächtigten zu der von Oesterreich berufenen Plenarversammlung nach Frankfurt am Main abgeordnet?

Auf Frage 1) antwortete das Gesamtministerium bejahend; zu Frage 2) bemerkte es, daß zur Zeit sich nicht erweisen lasse, welche Resultate die zu Frankfurt a. M. zwischen den Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zu pflegenden Beratungen herbeiführen und in wie weit diese Resultate die bei der Frage 2) angezogenen Paragraphen der Verfassungsurkunde berühren würden, daß daher der Regierung noch kein Anlaß dazu geboten erscheine, die Frage wegen Einholung der Zustimmung der Kammer in Erwägung zu ziehen. Zu Frage 3) wurde endlich bemerkt, daß allerdings ein Bevollmächtigter bereits nach Frankfurt a. M. abgeordnet worden sei und zwar in

der Person des Geheimraths v. Rostig und Jänckendorf. Das betreffende Schreiben des Gesamtministeriums ist unter dem 13. Mai erlassen. Hierdurch bekommen der am 17. Mai von dem Präsidenten der II. Kammer erstattete Bericht über den damaligen Stand der Geschäfte dieser Kammer sowie der am 23. Mai eingebrachte Antrag des Abg. Biedermann und Genossen auf Beschwerdeführung über die Minister an allerhöchster Stelle ihre eigentliche politische Bedeutung.

Inzwischen gelangte in geheimen Sitzungen das königl. Decret über eine Anleihe von angeblich 16 Mill. zur Berathung. Abgeordnete aller Fractionen haben sich dahin ausgesprochen, daß, wäre nicht die Verfassungsangelegenheit hineingefallen, jene Anleihe bei der notorisch vorhandenen Nothwendigkeit bewilligt worden wäre, ja selbst nachher ist von einer Verweigerung nicht die Rede gewesen, sondern man habe sich blos, sagt man, Bürgschaften dafür verschaffen wollen, daß diese ungeheuerer Summe nicht im Interesse des wiederherzustellenen Bundestages verwendet werde. Selbst ein augenscheinlich aus offizieller Feder geflossener Artikel in Nr. 153 des Dresdner Journals redet blos von einer „Verschleppung“ dieser Angelegenheit. Man giebt aus diesem Grunde vielleicht nicht ganz mit Unrecht der Vermuthung Raum, daß die erfolgte Auflösung der Kammern ebenso sehr die Folge einer stattgefundenen Verabredung der zu Oesterreich haltenden Regierungen (etwa eine neue Auflage der Wiener Conferenzbeschlüsse) als die aus den speciell sächsischen Verhältnissen hervorgegangene entschlossene That des Ministeriums gewesen ist.

Durch die Antwort des Gesamtministeriums vom 13. Mai war es außer Zweifel gestellt, daß die sächsische Regierung sich für verpflichtet erachte, zu einer Revision der alten Bundesverfassung auf Grund und in den Formen dieser Verfassung selbst mitzuwirken, wogegen die Frage wegen der ständischen Zustimmung noch nicht völlig entschieden war. Bei der Gesamtlage der Dinge hielt sich der deutsche Ausschuss für verpflichtet, über die Ansichten der sächsischen Regierung über diese Punkte sich noch vollständiger Gewisheit zu verschaffen. Es wurde demgemäß am 28. Mai eine mündliche Vernehmung dieses Ausschusses mit dem Staatsminister v. Beust veranstaltet, wobei Letzterer folgende von ihm nach Verlesung des Protokolls als richtig anerkannte Erklärung zu Protokoll gab: „Die Plenarversammlung ist berufen und berechtigt, ein neues Organ einzusetzen und eine Revision der Bundesverfassung vorzunehmen; falls diese Berathung aber resultatlos bleiben sollte, kann allerdings der Bundesvertrag unter Umständen seiner ganzen Ausdehnung nach wieder ins Leben treten. Ich halte es aus politischen Gründen für bedenklich, diese Eventualität aufzugeben und es auszusprechen, daß sie staatsrechtlich unzulässig sei. Ob zu den Beschlüssen dieses dann wieder erstehenden Bundestags die Zustimmung der Stände nothwendig sei, darüber eine bestimmte Erklärung abzugeben fällt bedenklich.“

Diese ministerielle Erklärung in Betreff der rechtlichen Continuität der Bundesverträge von 1815, welche der Anschauungsweise der aufgelösten Kammern schnurstracks entgegenläuft, glich dem in das Pulverfaß gefallenen Feuerbrande und bewirkte die erwähnte Vermischung der obschwebenden Finanzfrage mit einer politischen Frage. In der geheimen Sitzung vom 29. Mai, wo die Auslassung des Staatsministers der Kammer mitgetheilt wurde, erfolgte die Explosion; diese Sitzung wurde bekanntlich in höchster Aufregung sistirt und am Abende wurden Clubsitungen abgehalten. In der nächsten Sitzung beschloß man, dem angenommenen Systeme des Zauderns getreu, die Vertagung der letzten Beschlußfassung über die erwähnte Finanzangelegenheit, und der deutsche Verfassungsausschuss beschleunigte seine Berichterstattung. Am 31. Mai schon befand

sich derselbe auf der Registrande. Es wurde auf Grund des §. 109 der Verfassungsurkunde eine ausführliche Eingabe an den König beantragt, in welcher die ganze Sachlage, der Rechtspunkt, die Gesinnungen, Befürchtungen und Wünsche der Kammern dargelegt werden sollte. Dem Berichte war der Kürze halber ein von dem Ausschuss in fast allen seinen einzelnen Sätzen einstimmig genehmigter Entwurf, von dem Abg. Biedermann verfasst, beigegeben. Theils die Ungewissheit des Ausgangs dieses entschiedenen Auftretens, theils um den Clat zu vermeiden, theils aber auch die Einsicht, daß fortan ein Einverständnis zwischen Kammern und Regierung kaum mehr möglich sei, sowie endlich die Vorsicht einer allgemeinen Vereinbarung der bundestagsfreundlichen Regierungen mochten es dem Ministerium dringend an die Hand geben, in dieser Angelegenheit das Prävenire zu spielen und die Kammern auszulösen. Dies der Hergang der Sache. (D. U. Z.)

Die Aufhebung der Elbzölle, wie solche von Seiten Oesterreichs vor Kurzem vorgenommen wurde, dürfte auch von Seiten Sachsens bevorstehen, und man hofft allg. mein, daß alsdann Preußen nicht zurückbleiben werde. Alsdann wird der Fluß auf seiner für den Binnenhandel wichtigsten Strecke bis Wittenberge frei sein, was zugleich auf die Spree- und Havel-schiffahrt von und nach Berlin günstig einwirken muß. Auch dürften diese Maßregeln am meisten dazu beitragen, Hannover und Dänemark-Lauenburg zur Erkenntniß zu bringen, daß sie von einem mittelalterlichen Raubsysteme ablassen, wogegen bis jetzt alle Mahnungen des Gewissens und der Gerechtigkeit fruchtlos geblieben waren. Sowohl die Berlin-Hamburger als die Mecklenburg-er Eisenbahn-Gesellschaften haben sich bereit erklärt, die Fracht der von Wittenberge nach den Seestädten oder umgekehrt gehenden Güter um 25 pCt. billiger zu berechnen, als es auf der Wasserstraße geschieht.

Hamburg, d. 1. Juni. Heute Morgen ist der Archivar Dr. Lappenberg, als Vertreter Hamburgs, nach Frankfurt abgereist. Syndikus Banks, dem man zuerst diese Stelle zuge-dacht haben soll, bleibt im Verwaltungs-Rathe zu Berlin.

Flensburg, d. 31. Mai. In einem Artikel der „Nordd. fr. Pr.“ aus London heißt es, daß die englische Regierung nunmehr zu Gunsten der Herzogthümer Rußland in Kopenhagen entgegenwirken werde. Damit übereinstimmend ist die uns in diesen Tagen von einem sehr glaubwürdigen Reisenden gemachte Mittheilung, er habe aus dem Munde eines hohen dänischen Offiziers auf Alsen vernommen, daß Englands Politik einen in Kopenhagen viel Bedenkllichkeiten erregenden, Schleswig-Holstein günstigen Umschwung genommen. (H. B. : H.)

Kiel, d. 2. Juni. Das heutige Korrespondenzblatt veröffentlicht die Bekanntmachung der Statthaltertschaft über den Wechsel der verschiedenen Departementschefs, der jedoch nur provisorisch ist und nicht, wie mehrere hamburgische Organe meldeten, definitive Ernennungen enthält.

Wien, d. 1. Juni. Die telegraphischen Nachrichten des Herrn von Schwarzenberg haben Se. Majestät veranlaßt, heute früh selbst nach Warschau abzureisen. (Schwarzenberg ist, wie aus Ratibor gemeldet, nach Wien zurückgekehrt.) Mit dieser Nachricht wird auch die in Verbindung gebracht, daß Preußen die Union aufgeben, daß Sachsen bereits förmlich aus dem Bündniß vom 26. Mai geschieden sei und was dergleichen Dinge mehr sind, welche den Wünschen unsers Ministeriums entsprechen und die Kurse treiben. Ob Schwarzenberg, wie man sagte, bereits wieder hier eingetroffen sei, ist nicht mit Bestimmtheit zu erfahren.

Die Nachricht eines eigenhändigen Schreibens des Königs von Preußen an den Kaiser von Rußland hat in den ministeriellen Kreisen übrigens ein eigenes Gefühl von Unbehaglichkeit

herbeigeführt. Ueber den Inhalt hat man nicht vollständige Gewissheit und die österreichische Korrespondenz, welche annimmt, daß das Schreiben nur gegen die Wiedererrichtung des alten Bundestages gerichtet sei, versichert, daß Oesterreich selbst nie so etwas begehrt habe. Andere Leute wollen behaupten, daß das Schreiben auch noch Dinge enthalte, die kaum anders als durch einen Ministerwechsel zu lösen sein dürften, ein Gerücht, dem man böshafter Weise die höheren Kurse heute zuschreibt.

Der österreichische Korrespondent theilt mit Genugthuung einen Brief mit, welcher der ihm befreundeten „Deutschen Volkshalle“ aus Leipzig geschrieben wurde und der sich energisch gegen die von der Reform gegebene Nachricht, daß eine Militairkonvention zwischen Sachsen und Oesterreich im Werke sei, ausdrückt. Es bleibt mir nur zu bestätigen, daß schon in diesem Augenblicke unsere Regierung auf die sächsische einen Einfluß übt, wie Preußen bisher auf keine der ihr verbündeten Regierungen, und daß der heute veröffentlichte mit Toskana abgeschlossene Vertrag wohl zunächst das Schema desjenigen sein dürfte, welches von den Beziehungen zwischen Wien und Dresden Aufschluß giebt. An einem Einrücken unserer Truppen in Sachsen ist kaum mehr zu zweifeln, wenn nicht der warschauer Kongreß eine andere Politik oder ein anderes Ministerium herbeiführt.

Die Spannung, in welcher uns die auswärtigen Fragen fortwährend erhalten, lenkt die Aufmerksamkeit etwas von den inneren ab; die Magyaren und die Italiener sind zwar unermüdlich, ihre Sache plaidiren zu lassen, man scheint aber all-gemein Alles für vergeblich zu halten, so lange nicht eine gänzliche Umwälzung des Systems eintritt. (D. R.)

Se. Majestät der Kaiser hat den auf den Antrag des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten im Ein-vernehmen mit dem Ministerrath abgeschlossenen Vertrag zwischen der österreichischen Staatsverwaltung und der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft, rücksichtlich der Uebertragung der Bahn dieser Gesellschaft in das Eigenthum des Staates, mittelst Entschließung vom 13. Mai genehmigt und den Minister des Handels beauftragt, im Einvernehmen mit dem Finanzminister zur Vollziehung des Vertrages das Weitere zu veranlassen.

Frankreich.

Paris, d. 1. Juni. Die Nationalversammlung verweist auf Leon Fauchers Bericht alle ungesetzliche Unterschriften unter Wahlreformpetitionen von Municipalräthen an das Ministerium des Innern, alle falsche Unterschriften an den Justizminister.

Die Nachrichten aus den Süddepartements sind fortwährend ernster Art. Aus Lyon wird berichtet, daß bei einer dort stattgehabten Hausdurchsuchung der Plan zu einer großartigen Bewegung im ganzen südlichen Frankreich mit der Stadt Béziers zum Mittelpunkt entdeckt worden ist.

Großbritannien und Irland.

London, d. 31. Mai. Das Unterhaus hat gestern seine erste Sitzung im neuen Parlamentsgebäude gehalten. Dieselbe begann um 12 Uhr. Die bis jetzt allerdings nur provisorische Einrichtung des Hauses erwies sich als höchst mangelhaft; namentlich beklagen sich die Vertreter der Presse, daß für sie schlecht gesorgt gewesen sei. Bedeutende Veränderungen, namentlich Vergrößerung des Raumes, scheinen unumgänglich nöthig. Um 5 Uhr Nachmittags versammelte sich das Unterhaus wieder im alten Gebäude, um dort die Sitzung fortzusetzen. Lord J. Russell stellte den Antrag, eine Bill zur Re-



gulirung des parlamentarischen Eides, soweit derselbe die Juden berührt, einbringen zu dürfen. Die Erlaubniß dazu wurde vom Hause ertheilt. Den Antrag Lord Ashley's, Ihre Majestät die Königin in einer Adresse um Einstellung des Sonntags-Postdienstes zu ersuchen, wogegen der Kanzler der Schatzkammer sich erhob, nahm das Haus dessenungeachtet mit 93 gegen 68 Stimmen an.

Capitain John Ross, der Veteran der arktischen Seefahrer, hat dieser Tage seine Polarreise zur Auffuchung Franklin's angetreten, wie schon vor einigen Wochen Capitain Austin mit den von der Regierung ausgerüsteten Schiffen und noch früher eine kleinere Expedition unter Capitain Penny.

Rußland und Polen.

Warschau, d. 1. Juni. Am Mittwoch Vormittags fanden auf der Ebene von Powonik wieder Manöver in Gegenwart des Kaisers, des Thronfolgers, des Prinzen von Preußen, des Prinzen Friedrich Karl und der in Warschau anwesenden fremden ausgezeichneten Militärs statt. Abends begab sich Se. Majestät mit dem Großfürsten und den preussischen Prinzen, nebst Gefolge des Kaisers und seiner hohen Gäste, mittelst eines Extra-Eisenbahnzuges nach Skierniewice, wo die hohen Herrschaften d. n. vorgestrigen Tag zubrachten. Der Kaiser gab daselbst ein glänzendes Bankett, nachdem vorher ein Ausflug nach Lowicz zur Musterung der dort zusammengezogenen Truppen gemacht worden. Abends waren der Palast, der Garten und Bahnhof von Skierniewice aufs prächtigste illuminiert. Eine unzählige Menschenmenge hatte sich an diesem Tage von Warschau und anderen Orten in Skierniewice versammelt, und die ganze Nacht hindurch dauerten die von dort hierher heimkehrenden Passagierzüge, die erst gestern gegen 4 Uhr Morgens aufhörten. Gestern Vormittag fuhr Se. Majestät und die Kaiserlichen und Königlich-Hoheiten mit ihren Suiten nochmals von Skierniewice nach Lowicz, um Truppenmanöver bei-zuwohnen. Nachmittags kehrten die hohen Herrschaften nach Warschau zurück. (St. = A.)

China.

Die letzte chinesische Post hat die Nachricht mitgebracht daß jetzt mitten in der chinesischen Stadt Schanghai, einer Stadt von 200,000 Einwohnern an einer der Mündungen des Yangtsekiang oder blauen Stroms, sich eine große christliche (englisch-bischöfliche) Kirche erhebt. Sie ist größtentheils aus einem Geldgeschenk des Amerikaners Appleton erbaut und ward am ersten Sonntage dieses Jahres unter großem Menschenandrang vom Bischof McClatchie (wie es scheint, dem Bischof von Hongkong) eingeweiht. Ein Missionsgeistlicher ist als Pfarrer in dieser Kirche angestellt und neben ihm functionirt ein bekehrter junger Chinese. Ganz in der Nähe steht eine von den größten Pagoden der Stadt. Schanghai ist bekanntlich einer von den durch den Friedensvertrag von Nanking dem Verkehr eröffneten Küstenpunkten.

Amerika.

New-York, d. 15. Mai. Ueber die abenteuerliche Expedition nach Kuba meldete ein New-Orleaner Brief Folgendes: Seit 4 Monaten wird diese Expedition aufs eifrigste vorbereitet; angesehene Männer haben große Summen gezeichnet und es sind wohl c. 8 bis 12,000 Mann dazu geworden, theils für Geld, theils freiwillig; es mögen wohl an 5 bis 8 kleine Kriegsschiffe ausgerüstet sein, die gut bewaffnet, mit Munition und Proviant versehen, einzeln absegelten nach einem fixirten Platze, meistens nach Chagres und St. Franzisco, die

aber ein Rendezvous zur Sammlung auf einer kleinen Insel hatten. Das Ganze war sehr geheim gehalten und ist erst am 8. d. Mts. bekannt geworden, als die ganze Expedition bereits sich unter Segel befand; nur ein hiesiges Blatt „der Sun“ scheint zu den Eingeweihten gehört zu haben und veröffentlichte dieser Tage einen darauf bezüglichen Artikel, der damit schloß, daß man wohl annehmen könne, daß die nächste Post von Havana die Landung der Patrioten in Cuba und dessen Bestimmung durch dieselben bringen werde. General Ruitmann, früher Gouverneur von Mississippi und Offizier im merikanischen Kriege, ist Hauptanführer, General Lopez, der eigentliche Anreger der Cuba-Expedition, welcher früher im Inneren von Cuba dafür thätig war, zweiter Kommandeur. Derselbe behauptet, daß sie bei der Landung zwei Drittheile der ganzen Bevölkerung, die sich erheben würden, für sich hätten, und vier Fünftel der Soldaten, die zu ihnen übergehen. Man ist natürlich sehr gespannt auf die nächsten Nachrichten von dem Gelingen des Plans. In Washington will man behaupten, daß das Unternehmen von den südlichen Staatsmännern und Großen ausgegangen sei, welche sich wegen der Aufnahme Kaliforniens ohne Sklaven, durch Annerion des Staats Cuba mit Sklaven, entschädigen wollen.

Bermischtes.

— London, d. 27. Mai. Am vorigen Donnerstage wurde, wie es scheint, fast das ganze Land, mit alleiniger Ausnahme der Hauptstadt, von einem furchtbaren und seit Menschengebirten nicht erlebten Gewittersturm heimgesucht, welcher sich den Außensäumen Londons nur bis auf eine Meile etwa näherte, in den Provinzen jedoch überall großen Schaden an Besitzungen, Vieh und Menschenleben anrichtete. Die Nachrichten über dieses Ereigniß aus Edinburg, Chelmsford, Norwich, Gloucester, Bangor, Hastings schildern alle in ähnlicher Weise die Verheerungen und den Schrecken, welche das Wetter verursacht hat. — Am Freitage sah man hier einen Luftballon von eigenthümlicher Gestalt über die Stadt hinsegeln. Ein gewisser Mr. Bell hatte das Fahrzeug nach eigenthümlichen und neuen Grundsätzen, welche angeblich das Lenken oder Steuern desselben nach jeder beliebigen Richtung möglich machen, construirt. Der Ballon, in ovaler, melonenförmiger Gestalt, 50' hoch und 22' im Durchmesser, etwa 15,000 Cub.-Fuß Gas enthaltend, war auf dem Monstergasometer der Phoenix Gas-Gesellschaft in aller Heimlichkeit gefüllt worden, stieg dort auf und kam bei Esser glücklich herunter. Dort wurde leider ein Mann, welcher beim Befestigen des Ballons half, tödtlich beschädigt. Ein entstellendes Gerücht lief darauf am Sonntag hier um, welches den berühmten Luftschiffer Green für verunglückt erklärte. Die heutigen Zeitungen enthalten die Berichtigung der Thatsache.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 3. Juni.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. freiw. Kal.	5	105 1/2	—	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	95 1/4	—
St. Schuldsch.	3 1/2	86 1/4	85 3/4	R. u. Am. do.	3 1/2	95 1/4	—
Ess. Pr. = Sch.	—	103 1/2	—	Schlesische do.	3 1/2	95 1/2	—
Am. u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. gas	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Brl. Stadtbl.	5	103	—	Pr. Bl. = A. = Sch.	—	95	94
do. do.	3 1/2	—	—				
Wstpr. Pfandbr.	3 1/2	90	89 1/2	Friedrichsd'or	—	137 1/2	137 1/2
Groß. Pof. do.	4	100 1/2	—	And. Goldm. ä	—	12 5/8	12 1/2
do. do.	3 1/2	90	—	5 $\frac{1}{2}$	—	—	—
Wstpr. Pfandbr.	3 1/2	—	—	Disconto	—	—	—

Eisenbahn-Aktien.

Table of railway stocks with columns for Stamm-Aktien, Aktien, and various stock types like Pr. Anst. Lit., Hamb., Potsd.-M., etc.

Leipzig, den 3. Juni.

Table of state papers and bonds with columns for Staatspapiere, Angeb. bolen, Besucht., and various paper types like Königl. sächsische Staats-Papiere, etc.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuss. S. d. d.)

Magdeburg, den 3. Juni. (Nach Bispela.)

Table of grain prices for Weizen, Roggen, Gerste, and Hafer.

Berlin, den 3. Juni.

Detailed list of grain prices for various locations and types, including Weizen nach Qualität, Roggen loco, etc.

Weather report: Wetter bewölkt. Geschäftsverkehr still. Weizen geschäftslos und ohne Preisänderung.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 3. bis 4. Juni.

List of arrivals from various locations like Kronprinzen, Stadt Zürich, Goldnen Ring, etc.

Bekanntmachungen.

Bierbrauerei-Anlage.

Der Brauer Sichtung zu Merkwitz beabsichtigt in seinem daselbst belegenen Gute eine Bierbrauerei einzurichten.

In Gemäßheit des §. 29 der Allgem. Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 wird dieses hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß etwaige Einwendungen gegen diese Anlage binnen 4 Wochen präclusivischer Frist bei mir anzubringen sind.

Halle, am 26. Mai 1850.

Der Landrath des Saalkreises
v. Bassewitz.

Bekanntmachung.

Vom 17. d. Mts. ab beginnen die Sitzungen des hiesigen Schwurgerichtshofes. Sie finden im obern Saale des Rathskeller-Gebäudes statt, nehmen täglich früh um 8 Uhr ihren Anfang und sind öffentlich.

Halle a/S., am 2. Juni 1850.

Königl. Kreis- u. Schwurgericht.
v. Koenen.

Pferde-Verkauf.

Die zum Gebrauch bei der diesjährigen Landwehr-Übung für Rechnung des hiesigen Kreises angekauften

30 Stück Pferde,

welche sich sämmtlich in sehr gutem und tüchtigem Stande befinden und in einem Alter von 5 bis 10 Jahren stehen, sollen

**den 10. d. M. früh von 9 Uhr
ab auf dem Hofplatze bei dem
Gasthose zum grünen Hofe
vor Halle**

öffentlich an den meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Courant oder Kassenanweisungen verkauft werden, wozu ich Kauflustige hiermit einlade.

Bitterfeld, den 2. Juni 1850.

Der Königl. Landrath
v. Leipziger.

Bekanntmachung,

den Remonte-Ankauf pro 1850
betreffend.

Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren sind in dem Bezirke der Königlichen Regierung zu Merseburg und den angrenzenden Bereichen in diesem Jahre wiederum nachstehende, früh Morgens beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar:

den 10. Juni in Luckau,
" 13. " " Torgau,
" 21. " " Egeln.

Die von der Militär-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remontepferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt und zur Warnung der Verkäufer nur noch bemerkt, daß Krippenseker und solche Pferde, deren Mängel gesetzlich den Kauf rückgängig machen, dem frühern Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden.

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue starke leberne Trense, eine Gurthalter und zwei hanfene Stricke ohne besondere Vergütung zu übergeben.

Berlin, den 5. April 1850.

Kriegs-Ministerium,
Abtheilung für das Remonte-Wesen.
(gez.) v. Dobeneck. Menckel. v. Schüz.

Nothwendiger Verkauf.

**Kreis-Gerichts-Commission 1.
zu Bitterfeld.**

Das hier selbst am Walle belegene, sub No. 223 katastrirte und im Hypothekenbuche der Stadt Bitterfeld sub No. 131 eingetragene, den Erben der hier verstorbenen Tuchmachermeister Raue, Christiane Sophie Rosine, geborne Schumann, verwitwet gewesene Müller zugehörige Wohnhaus mit Zubehör, abgeschätzt auf 560 Rth 20 S^{gr} 6 P^{sch}, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tare, soll

am 5. September 1850,

Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der dem Aufenthalte nach unbekanntes Tuchmachermeister Friedrich August Raue wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Bekanntmachung.

Die zu 544 Rth 12 S^{gr} 6 P^{sch} veranschlagten Reparaturen an den Schulgebäuden zu Oppin, desgleichen einige kleine Reparaturen im Schulgehöfte zu Braschwitz sollen

**Montag den 10. Juni c. Vor-
mittags 10 Uhr**

im Gasthause zu Oppin;

ferner die zur Erweiterung des Schulhauses zu Canena erforderlichen Arbeiten, veranschlagt zu 606 Rth 6 S^{gr} 5 P^{sch},

Dienstag den 11. Juni c.

Vormittags 10 Uhr

im Schulhause zu Canena

an den Mindestfordernden verdingen werden, wozu ich qualifizierte Bau-Unternehmer hierdurch einlade. Anschläge, Zeichnungen und Bedingungen werden im Termine vorgelegt.

Delitzsch, den 30. Mai 1850.

Der Bau-Inspector
Schoenwald.

Sonntag als den 9. Juni c. Nachmittags 2 Uhr, sollen bei mir folgende Gegenstände, als 2 Kühe, 2 einspännige Leiterwagen, Pflug, Eggen, Walze, 2 Wäschrollen, 2 Scheunfiebe, 1 Futterbank, 1 Nachharke, 1 Stampfrotz, 2 Fleischlöcher so wie auch mehrere Mobilien und Wirthschaftsgeräthe meistbietend, gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Friedrich Depparade in Harsdorf,
Schenkthir zur Weibenschente.

Künftigen Dienstag, den 11. d. M.,
Mittags 1 Uhr

soll die Jagd auf der Eismannsdorfer Feldflur auf 6 hinter einander folgende Jahre meistbietend in der Schenke zu Eismannsdorf verpachtet werden. Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Eismannsdorf, den 4. Juni 1850.

Der Orts-Vorstand.

Bekanntmachung.

Ein brauberechtigtes Haus in Weissenfels mit Seitengebäuden, in guter Handelslage, enthaltend 14 Stuben, 18 Kammern, 7 Bodenkammern, 2 große und 4 kleinere Keller, Wagenschuppen, Pferdestall und andern Gelaß, steht sofort für einen civilen Preis zu verkaufen und es kann ein Theil der Kaufsumme darauf stehen bleiben. Nähere Auskunft ertheilt der Actuar Fost in Weissenfels.

Pachtung.

Ein Rittergut mit circa 15 Hufen Acker und Wiesen, complettem Inventar, soll nächste Johanni pachtweis übergeben werden.

Das Nähere durch W. Strien in Mansfeld.

Schneller Veränderung halber ist in dem freundlichen Bade-Ort Kösen ein an der schönsten Lage gelegenes Haus mit 9 Stuben und Zubehör, einem großen Garten, Scheune und Stallung, einem Weinberg und einigen Acker Feld aus freier Hand zu verkaufen. Käufer wollen sich portofrei an den Commissionair J. C. Richter in Raumburg Nr. 316 wenden.

Ein Brenner, der sein Fach kennt und durch glaubwürdige Zeugnisse seine Brauchbarkeit darthun kann, findet in der Brennerie des Herzogl. Rittergutes Löberitz bei Börsig Anstellung.

Einen tüchtigen Gürtlergehülfen sucht der Gürtler Perschmann in Cönnern.

Kümmel-Wurzeln, 2 Scheffel Ausfaat, die Ruthe 5 S^{gr}, hat zu verkaufen Gottfr. Leise in Gröb bei Börsig.

Musikaußführung im Herzogl. Hoftheater zu Dessau.

Freitag den 7. Juni 1850:

Die Schöpfung,

Oratorium von J. Haydn.

Anfang 7, Ende 9 Uhr.

F. Schneider, Hofcapellmeister.



Freitag den 7. Juni trifft Noor in Bornstedt wieder mit einem großen Transport dänischen Pferdenn ein.

Die Extrafahrt nach Paris betreffend.

Das Comité in Leipzig ersucht alle diejenigen, welche an der Fahrt Theil nehmen wollen, sich bis zum 10. d. M. Petersstraße Nr. 31, 1 Treppe, bei Herrn von Bowen zu melden, um das Nähere zu erfahren.

Die Fahrt hin und zurück, mit Logis auf 6 Tage in Paris, kostet:

à Person I. Klasse 36 *Rp* 10 *Ngr.*,

à II. = 27 = 15 =

à III. = 24 = — = respective von Cöln mit II. Klasse.

Der Betrag von 3 *Rp* à Person für das Logis wird vom Fahrpreis für diejenigen abgerechnet, welche anderweitige Wohnung nehmen.

Leipzig, d. 1. Juni 1850.

Das Comité.

Neue beliebte Musikalien.

Der Prophet von Meyerbeer.

Ouvertüre zu 2 Händen 1 *Rp*; zu 4 Händen 1 1/2 *Rp*.

Trinlied: Auf, seht der Becher winkt u. . . . 15 *sg*.

Krönungsmarsch à 2 ms. 10 *sg*, à 4 ms. . . . 15 *sg*.

Walzer à 2 ms. 7 1/2 *sg*, à 4 ms. . . . 10 *sg*.

Retowa à 2 ms. 15 *sg*, à 4 ms. . . . 20 *sg*.

Schlittschuhtanz à 2 ms. 15 *sg*, à 4 ms. . . . 20 *sg*.

Galopp à 2 ms. 15 *sg*, à 4 ms. . . . 20 *sg*.

Potpourri 20 *sg*.

Halle. G. C. Knapps Sort.-Buchh.
(Schroedel & Simon).

Veränderungshalber soll ein vollständiges Klemmer-Werkzeug nebst Laden-Einrichtung billig verkauft werden. Das Nähere Leipzigerstraße Nr. 289 im Laden.

Zwei fette Schweine sind zu verkaufen in der Wassermühle zu Sörbig.

Mein zu Löbejün am Markte belegenes Wohnhaus beabsichtige ich aus freier Hand zu verkaufen. Käufer können daselbst mit mir in Unterhandlung treten.
Christian Schaaf.

Ein Haus unweit Leipzig, mit 4 Morgen Garten, Wiese und Holz, für einen Stellmacher passend, verkauft billig A. Piiper, Steinweg Nr. 1722 in Halle.

In der Buchhandlung von Hermann Berner, Markt Nr. 725, ist zu haben:

De la décadence
de
l'Angleterre
par
Ledru-Rollin.
2 vols. 1 1/5 *Rp*.

Ein neuer zweispänniger Leiterwagen steht zum Verkauf Brauhausgasse Nr. 373.

Frischer Kalk.
Sonnabend und Montag, den 8. und 10. Juni, frischer Kalk in der Giebi-chensteiner Amtsziegelei.

Gebauerische Buchdruckerei in Halle.

Um vor Täuschung zu bewahren, erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß in der Anzeige des Herrn W. Kramme in Gerbstedt offenbar ein Fehler ist. Gegen einen monatlichen Beitrag von 2 1/2 *sg* kann der Spandauer Versicherungs-Verein unmöglich nach 10 Jahren schon 100 *Rp* auszahlen. Vermuthlich ist 20 1/2 *sg* zu lesen.

Halle, den 3. Juni 1850.

Dr. Wiegand.

Kommt nicht bald eine Extrafahrt von Halle nach Amerika zu Stande?

Böllberg.

Heute, Mittwoch, Gesellschaftstag bei Katsch.

Junck's Garten.

Donnerstag den 6. d. M. Abends 7 Uhr Concert.

Stadt-musikchor.

Neue weiße Ameiseneier
empfangt C. H. Riesel.

Meine Wohnung ist jetzt große Ulrichsstraße Nr. 74, zwei Treppen hoch.

Dr. von Baerenprung,
praktischer Arzt und Privatdocent an der Universität.

Frische Sendung von sehr fetten delikaten neuen Madjes-Seringen, à St. 1 1/2 u. 2 *sg*, erhielt die Seringshandlung Bolze.

Neu: Rakoczi von der Saale ist bei den Herren F. Hensel & Haenert in Halle frisch zu haben. Dr. Kunde.

Ein ordentliches Kindermädchen wird gesucht Leipziger Straße Nr. 383.

Tivoli-Theater.

Mittwoch den 5. Juni: Die schöne Müllerin, Posse in 1 Act. „Jean“ Herr Bethmann — Hierauf: Die corsicanische Blutrache, Posse in 1 Act.

Familien-Nachrichten.

Verlobungs-Anzeige.

Pauline Kaselitz,
Wilhelm Thieme,
Verlobte.

Halle, d. 5. Juni 1850.

Deutschland.

Bulletin.

Se. Majestät der König haben im Laufe des heutigen Tages wiederholt an heftigen Schmerzen im entzündeten Fuße gelitten. In dem bisherigen günstigen Verhalten der Wunde ist keine Aenderung eingetreten.

Schloß Charlottenburg, den 3. Juni, Abends 9 $\frac{1}{4}$ Uhr.
(gez.) Schönlein. Grimm. Langenbeck.

Telegraphische Depesche von Berlin.

Se. Majestät der König haben eine gute Nacht gehabt. Die giftliche Entzündung am Fuße ist gehoben. Die Reinigung des Schußcanals ist vollendet und der Heilungsprozeß in demselben beginnt.

Berlin, den 4. Juni 1850.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage:

(gez.) von Puttkammer.

Berlin, d. 4. Juni. Se. K. H. der Prinz von Preußen ist, hier eingetroffenen Nachrichten aus Warschau zufolge, am 1. Juni von dort nach St. Petersburg gereist. (S. Warschau.) Die Mittheilungen über den Erfolg der Mission des Prinzen geben zwar keine bestimmte Data an, aber doch die Versicherung, daß die Lage der Dinge sich sehr günstig stelle. In diesem Sinne wird auch die Reise Sr. K. H. nach der russischen Hauptstadt aufgefaßt. (B. 3.)

Hier eingetroffenen Nachrichten aus Warschau zufolge, soll Se. Maj. der Kaiser Nikolaus dem österreichischen Ministerpräsidenten, Fürsten von Schwarzenberg, unumwunden erklärt haben, daß er in einen Krieg zwischen Oesterreich und Preußen nicht willigen werde, und daß Oesterreich in diesem Falle auf nichts weniger als auf seine Hülfe zu rechnen haben würde. Die Mission des Fürsten Schwarzenberg ist somit völlig gescheitert. Nach dieser Erklärung hat der Fürst Schwarzenberg Warschau außerordentlich verstimmt verlassen. Es wird dem Wiener Cabinet nun nichts Anderes übrig bleiben, als den gerechten Ansprüchen Preußens nachzugeben, das heißt, die bis jetzt befolgte Politik gänzlich zu verlassen, was nothwendigerweise einen Wechsel des Ministeriums Schwarzenberg zur Folge haben müßte, oder aber „trotz alledem“ das in der deutschen Frage bisher befolgte System weiter fortzuführen. In diesem Falle wäre es gezwungen, Preußen, welches von der einmal betretenen Bahn nicht um ein Haar breit abweichen wird, militairisch anzugreifen. Auf die aus dieser Alternative möglicherweise entstehenden Eventualitäten dürften die gegenwärtigen Rüstungen Preußens auch wohl größtentheils zurückzuführen sein. Es ist anzunehmen, daß Oesterreich vernünftig genug sein wird, sich eher zu einem Wechsel des Ministeriums, als zu einem Kriege zu verstehen. Seine Finanzen sind im weitesten Sinne des Wortes zerrüttet; ein Krieg von nur vierzehntägiger Dauer würde den bisher künstlich zurückgehaltenen Staatsbanquerutt zum Ausbruche bringen müssen. Die Soldaten, auf deren Treue Oesterreich bauen kann, sind zur Niederhaltung Ungarns und Italiens unumgänglich nöthig. Ungarn allein bedarf zu diesem Zwecke einer Armee von 100,000 Mann, die italienischen Provinzen erfordern eine fast nicht geringere Anzahl. Der größere Theil der Armee, welchen Oesterreich gegen den Feind schicken könnte, besteht meistens aus Honveds, welche nur die erste beste Gelegenheit abwarten, um ihre Waffen gegen Oesterreich zu kehren. Wir wiederholen diese zu öfteren Malen angeführten Umstände nicht etwa, um zu beweisen, daß Preußen Oesterreich gewachsen sei — das ist überflüssig, denn schon vor hundert Jah-

ren hat Preußen gezeigt, was es Oesterreich gegenüber vermag, und damals war Preußen noch lange nicht das, was es jetzt ist, und Oesterreich hatte halb Europa hinter sich — sondern nur um unsere Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens zu begründen. (B. 3.)

Wir hören, daß Preußen nur unter der Bedingung sich an den Verhandlungen des Frankfurter Congresses betheiligen wird, daß Oesterreich, resp. die außerhalb der Union gelegenen deutschen Staaten die Union anerkennen, und daß das Bundes-Präsidium sowohl später als auch schon jetzt bei dem Congress selbst abwechselnd von Preußen und Oesterreich verwaltet wird.

Nachrichten aus Wien zufolge soll man dort dem Rücktritt des Schwarzenberg'schen Ministeriums jetzt täglich entgegensehen. Es bildet sich immer bestimmter das Urtheil, daß unter dem System des jetzigen Ministeriums nothwendig Alles zu Grunde gehen müsse, und nicht bloß die blutgetränkte Vergangenheit, sondern auch die ganze Zukunft des „wiedergeborenen Kaiserstaats“ aufs Spiel gesetzt werde.

Leipzig, d. 4. Juni. Die heutige „Deutsche Allgemeine Zeitung“ enthält Folgendes: Was wir gestern nur schüchtern voraussetzen wagten, ist heute zur Wahrheit geworden. Die Regierung beginnt den Kampf mit einer Reihe verfassungswidriger Handlungen. Der Landtag von 1848, gewählt nach dem alten Wahlgesetz von 1831, wird eigenmächtig wieder einberufen, die Presse unter die Polizeigewalt gestellt, das Vereins- und Versammlungsrecht illusorisch gemacht. Sache des Volks ist es jetzt, dem Gebahren des Ministeriums mit allen gesetzlichen Mitteln des Widerstandes zu begegnen. Wir lassen die Aktenstücke folgen, und zwar zuerst eine Ansprache des Ministeriums an das Volk:

„Se. Majestät der König haben sich bewogen gefunden, die Kamern aufzulösen. Die unterzeichneten Staatsminister halten sich für verpflichtet, dem sächsischen Volke über die Gründe dieses Schrittes und die demnächst zu ergreifenden weitem Maßregeln Rechenschaft zu geben. Während der politischen Bewegungen des Jahres 1848 wurde auch in Sachsen die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Abänderung des Wahlgesetzes vom 24. Sept. 1831 und einiger damit zusammenhängender Bestimmungen der Verfassungsurkunde ein unabweisbares Bedürfnis sei. Die große Aufregung jener Zeit, die Unsicherheit aller Verhältnisse und insbesondere die damals herrschende Ungewißheit über die künftige Gestaltung der deutschen Verfassung ließen es jedoch der Regierung wünschenswerth erscheinen, den Ständen nicht sofort ein definitives, auf die Dauer berechnetes Wahlgesetz vorzulegen, sondern die Vereinbarung hierüber auf eine ruhigere Zeit zu verschieben und nur ein Provisorium gesetzlicher Bestimmungen für den nächsten ordentlichen Landtag zu geben, mit welchem dann ein definitives Wahlgesetz zustandegebracht werden sollte. Diesen Ansichten traten beide Kamern des damals versammelten außerordentlichen Landtags bei, und es wurden demgemäß die beiden am 15. Nov. 1848 erlassenen Gesetze, die Wahlen der Landtagsabgeordneten und einige Abänderungen der Verfassungsurkunde betreffend, schon in ihrer Ueberschrift ausdrücklich als provisorische bezeichnet.“

Der erste nach diesem Wahlgesetz gewählte Landtag hat Sachsen an den Rand des Verderbens gebracht. Er mußte aufgelöst werden.

Dieser traurige, dem Lande so unheilvolle Erfolg, verbunden mit dem unmittelbar darauf folgenden Aufstande gegen die Verfassung des Vaterlandes, führte schon damals zu Erwägung der Frage, ob nicht der durch die provisorischen Gesetze vom 15. Nov. 1848 gemachte Versuch als gescheitert zu betrachten und daher mit Wiedereinberufung der frühern Stände behufs der Feststellung eines definitiven Wahlgesetzes zu verfahren sei. Da jedoch ein großer Theil der Gründe, die im Jahre 1848 für Einschlagung des gewählten Auswegs sprachen, auch im Jahre 1849 noch unverändert fortbestanden, so hielten Se. Maj. der König auf den Rath ihrer verantwortlichen Minister sich für verpflichtet, noch einmal den Versuch zu machen, ob auf Grund der provisorischen Gesetze vom 15. Nov. 1848 eine Versammlung gewählt werden könne, deren entschiedene Mehrheit die dringende Nothwendigkeit, unsere provisorischen

Zustände rasch zu beenden und bald ein definitives Wahlgesetz zustande zu bringen, richtig erkennen würde.

Auch diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Befanden sich unter den Mitgliedern der im November v. J. zusammengetretenen Kammern auch nicht wenige wahrhafte Freunde des Vaterlandes, so waren doch die andern Parteien in den Kammern so zahlreich vertreten, daß sie, wenn auch nicht die Mehrheit in allen Punkten, doch Kraft genug hatten, um die definitive Erledigung der wichtigsten, jetzt obschwebenden Fragen zu verhindern. Sechs Monate war der Landtag versammelt. Nicht einmal die wichtige, angeht die Finanzlage des Landes dringendste Aufgabe, das Budget, ist erledigt. Die Lage des Landes erheischt eine Anzahl wichtiger, höchst eingreifender Gesetze. Die deshalb gemachten Erfahrungen ließen jede Hoffnung schwinden, darüber zu einer Vereinigung mit den Kammern zu gelangen. Ganz neuerdings hat endlich die II. Kammer die Zustimmung zu einer für die dringendsten Staatsbedürfnisse, insbesondere für die Eisenbahnen erforderlichen Anleihe so verzögert, daß der Erfolg zum großen Nachtheile des Landes gefährdet worden ist. Ein solcher Zustand kann nicht auf die Dauer bestehen, er zehrt an dem Marke des Landes und führt es langsam aber sicher dem Ruine entgegen. So lange der provisorische Zustand der wichtigsten Verhältnisse fort dauert, so lange die dringendsten notwendigen Gesetze, die der Regierung die erforderliche Kraft verleihen sollen, um dem Wirken der Revolutionspartei mit Erfolg entgegenzutreten und dadurch das Land vor neuem Unheil zu bewahren zu können, nicht gegeben, so lange die wichtigsten Finanzfragen noch unerledigt sind, so lange werden außerordentliche Sicherheitsmaßregeln fort dauern müssen, wodurch die Lasten des Landes vermehrt und der Druck der in Folge der revolutionären Bewegungen der vergangenen Jahre ohnehin so vermehrten Abgaben noch mehr erhöht werden muß.

Se. Maj. der König haben es daher als Allerhöchstherrliche heilige Regentenpflicht erachtet, diesen Zustand nicht fortbestehen zu lassen, und deshalb die Kammern am 1. d. Mts. aufgelöst. Die unterzeichneten Staatsminister haben aber auch Se. Maj. dem Könige nicht rathen können, die Wahlen noch einmal nach dem provisorischen Gesetze vom 15. Novbr. 1848 vorzunehmen zu lassen. Die nunmehr zweimal gemachte Erfahrung hat den Beweis geliefert, daß es nicht möglich sein wird, auf diesem Wege Kammern zu erlangen, von denen zu erwarten ist, daß sie unsere ungewissen provisorischen Zustände auf eine dem Wohle des Vaterlandes dienliche Weise beenden werden, und die außerordentlich geringe Theilnahme, welche insbesondere die nachträglichen Wahlen fast überall im Lande gefunden haben, beweist, daß dieselbe Ansicht auch im Volke weit verbreitet ist. Würde daher eine solche Maßregel nur dazu dienen, die unheilvollen provisorischen Zustände, in denen sich Sachsen befindet, mit allen ihren Gefahren und Nachtheilen ohne Aussicht auf eine Beendigung zu verlängern, so erscheint dieselbe auch deshalb unzulässig, weil dadurch jenen provisorischen, eigentlich nur für einen Fall berechneten Gesetzen die volle Wirkung definitiver, für die Dauer bestimmter Gesetze ganz gegen die Absicht beigelegt werden würde, die bei Erlassung derselben abgewartet hat. Se. Maj. der König haben sich daher entschlossen, einen Schritt zu thun, der ebenso der Verfassung entsprechend als bei der jetzigen Lage der Dinge notwendig ist. Allerhöchstherrliche haben beschlossen, die Kammern des Jahres 1848 in derselben Zusammensetzung, wie sie damals versammelt waren, noch einmal und zwar zu einem ordentlichen Landtage zusammenzuberufen. Se. Maj.

der König werden diesem Landtage jedoch nur den Entwurf eines definitiven Wahlgesetzes und einige andere Gegenstände vorlegen, deren sofortige Erledigung durch das Staatswohl dringend geboten ist.

Se. Maj. der König hoffen und erwarten, daß das sächsische Volk die allerhöchste Absicht, auf diesem Wege dem Lande Ruhe und Sicherheit wiederzugeben, richtig erkennen und daß Jeder, der berufen ist, dabei mitzuwirken zur Erreichung des Zieles, gern seine Hand dazu bieten werde. Möge diese Maßregel den gewünschten Erfolg haben und dem Vaterlande Ruhe, Ordnung und Sicherheit bringen, ohne welche eine fortschreitende Entwicklung des Volkswohlstandes, eine Verminderung der drückenden Abgabenlast nicht zu erwarten ist. Dresden, d. 3. Jun. 1850. Dr. Ferd. Schinsky. Friedr. Ferd. Frhr. v. Bensf. Bernh. Rabenhorst. Rich. Frhr. v. Friesen. Joh. Heinr. Aug. Behr.

Bekanntmachung, die Versammlung der Stände des Königreichs Sachsen zu einem ordentlichen Landtage betreffend:

Nachdem die auf Grund des provisorischen Wahlgesetzes vom 15. Nov. 1848 gewählten Kammern, ehe noch mit ihnen ein definitives Wahlgesetz vereinbart worden, haben aufgelöst werden müssen, so haben Se. Königl. Maj. beschlossen, die nach §§. 61 fg. der Verfassungsurkunde vom 4. Sept. 1831 bestehenden Stände in derselben Zusammensetzung, in der sie zu dem außerordentlichen Landtage des Jahres 1848 versammelt waren, behufs der Beratung und Beschlußfassung über ein neues Wahlgesetz und einige andere durch das Staatswohl dringend gebotene Maßregeln zu einem ordentlichen Landtag auf den 1. Jul. d. J. in die Residenzstadt Dresden einzuberufen. Allerhöchstem Beschele gemäß wird Dies und daß an die Mitglieder beider Kammern noch besondere Missiven deshalb ergehen werden, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Dresden, d. 3. Jun. 1850. Gesamtministerium: Dr. Schinsky. v. Friesen.

Bekanntmachung, die Wiederaufhebung des Kriegszustandes in Dresden betreffend.

Das Gesamtministerium hat beschlossen, den mittels Bekanntmachung vom 8. Mai v. J. über die Residenzstadt Dresden und deren Umgebung im Kreise von drei Meilen verhängenen Kriegszustand wiederum aufzuheben, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Dresden, d. 3. Jun. 1850. Gesamtministerium. Dr. Ferdinand Schinsky. Friedrich Ferdinand Frhr. v. Bensf. Bernhard Rabenhorst. Richard Frhr. v. Friesen. Johann Heinrich August Behr.

(Die übrigen Aktenstücke folgen nach.)

Rußland und Polen.

Warschau, d. 1. Juni. Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen sind heute früh zum Besuch Ihrer Majestät der Kaiserin nach Petersburg abgereist: Höchst dieselben werden sich 8 Tage daselbst aufhalten und dann nach Coblenz zurückkehren. Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Carl von Preußen waren schon Tags vorher dorthin abgegangen, um längere Zeit dort zu verweilen und Se. Majestät den Kaiser daselbst abzuwarten, Allerhöchstwelder noch vor Seiner Rückkehr nach Petersburg mehrere Abtheilungen der aktiven Armee beistimmen will.

Bekanntmachungen.

Der Gutsbesitzer Eduard Schmidt zu Döllnitz beabsichtigt seine Grundstücke in Döllnitz und in dortiger Flur, von welchen 33 Morgen 165 □ R. nahe bei Döllnitz liegen und 53 Morgen 54 □ R. an die Flur von Dießkau gränzen, einzeln zu verkaufen und habe ich zu diesem Behufe Termin auf den zwanzigsten dieses Monats, Morgens 8 Uhr, in der Teufscherschen Eckenke zu Döllnitz anberaumt.

Halle, den 4. Juni 1850.

Ebmeier,
Rechts-Anwalt.

Es steht eine neumeltende Kuh zu verkaufen bei Frohne in Reideburg.

Ein schönes Wohnhaus in einer preussischen Provinzialstadt, worinnen ein lebhaftes Material- und Tabacksgeschäft betrieben wird, soll Veränderungshalber aus freier Hand verkauft werden. Die Kaufsumme würde mit den vorhandenen Waaren c. 8000 R^r sein, worauf 2 bis 3000 R^r hypothekarisch stehen bleiben können. Reflectirende wollen sich gefälligst an mich wenden, um die nöthige Auskunft zu erlangen.

Halle a./S., am 4. Juni 1850.

Ferd. Stahl Schmidt.

Ein Rittergut oder größeres Landgut, im Werthe von 30 bis 60,000 R^r, in guter Lage und gutem baulichen Zustande innerhalb der K. Pr. Provinz Sachsen,

incl. den Anh. Herzogthümern, wird ohne Unterhändler zu kaufen gesucht und geneigte Offerten frankirt unter der Chiffre Y. Z. Nr. 3. poste restante Leipzig erbeten.

Stabliements-Verkauf.

Die Stachelburg bei Altleben a. d. S., romantisch an der Saale gelegen, mit schönem und bequem eingerichteten Wohnhause, so wie zweckmäßigen Wirthschaftsgebäuden, von einem sechs Morgen großen Garten umgeben, ist veränderungshalber billig mit geringer Anzahlung sofort zu verkaufen und zu übergeben. Dasselbe eignet sich zu jedem Geschäft und jeder Fabrikanlage.

Das Nähere ist persönlich bei dem Eigenthümer zu erfahren.